



Frieden und Entwicklung in der Sahel-Region –

Wie ist die Destabilisierung zu überwinden?

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL,
im Auftrag des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Senatsverwaltung
für Wirtschaft, Energie
und Betriebe



Einleitung

Frieden und Entwicklung in der Sahel-Region – Wie ist die Destabilisierung zu überwinden?

Der AMK e.V. ist eine Nicht-Regierungs-Organisation in Berlin, die in der Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika, der entwicklungspolitischen Bildung und der Teilhabeförderung von und für Menschen afrikanischer Herkunft in Berlin aktiv ist. Im Rahmen unserer Tätigkeit in der Entwicklungszusammenarbeit haben wir u.a. in dem Sahelland Burkina Faso geholfen, Schulen zu bauen. Mit unseren jährlichen Fachtagungen und entwicklungspolitischen Veranstaltungen möchten wir die Diskussion in Deutschland sowie über die Beteiligten aus der Diaspora aus afrikanischen Ländern auch in diesen Ländern selbst darüber, wie Frieden und Entwicklung in Afrika gefördert werden kann, anregen. Dafür bringen wir auf unseren Fachtagungen regelmäßig Wissenschaftler*innen, Studierende, Entscheidungsträger*innen aus Politik und Verwaltung, Vertreter*innen von NGOs, Angehörige der Diaspora verschiedener afrikanischer Länder, Vertreter*innen afrikanischer Botschaften und allgemein an Afrika und an globalen Zusammenhängen und Herausforderungen Interessierte aus Deutschland zusammen. Dabei geht es uns stets darum, das Engagement für die Ziele der Agenda 2030 zu fördern und dazu beizutragen, in der deutschen Öffentlichkeit das Bewusstsein zu verbreiten, dass die globalen Herausforderungen nur gemeinsam angegangen und die Ziele der Agenda nur in einer Zusammenarbeit auf Augenhöhe erreicht werden können. Deswegen muss viel mehr in der deutschen Öffentlichkeit verbreitet werden, dass die Agenda 2030 alle Länder - nicht nur die des globalen Südens - als Entwicklungsländer begreift, sich also auch in Deutschland viel tun muss, um die nachhaltigen Entwicklungsziele in Deutschland wie in den Ländern des globalen Südens zu erreichen. Dazu gehört für uns auch eine Dekolonisierung Deutschlands wie der afrikanischen Länder und ihrer Entwicklungszusammenarbeit. Deswegen ist es uns auch stets ein besonderes Anliegen, mit unseren Veranstaltungen auf die Potentiale der afrikanischen Diaspora als Brückenbauer hinzuweisen, damit deren Teilhabe an der Entwicklungszusammenarbeit mehr gefördert und ihre Expertise genutzt wird und das auch vom BMZ proklamierte Ziel einer Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe verwirklicht werden kann. Wir haben uns daher immer sehr und bislang erfolgreich bemüht, dass AMK-Fachtage unter hoher Beteiligung der Diaspora stattfinden - möglichst auch aus verschiedenen afrikanischen Ländern, um die Perspektiven zu erweitern und voneinander zu lernen. Dies konnte auch wieder auf unserem Fachtag 2020 erreicht werden.

Der Fachtag des Afrikanischen Muslim Kreis e.V. fand am 31.10. 2020 unter dem Titel „Frieden und Entwicklung in der Sahel-Region – Wie ist die Destabilisierung zu überwinden?“ in Berlin statt. Aufgrund der COVID-19-Pandemie haben wir ihn zum ersten Mal als hybride Veranstaltung vor Ort und per Online-Konferenz durchgeführt. Es zeigte sich, dass dadurch auch mehr Interessierte erreicht werden konnten, die nicht in Berlin wohnen und von denen viele bei sich vor Ort sonst wenig Angebote der entwicklungspolitischen Bildung dieser Art zur Verfügung haben.

Wir bedanken uns an dieser Stelle ganz herzlich bei allen Referenten, bei allen Beteiligten, die sehr zu einer lebendigen und produktiven Diskussion beigetragen und die noch kleinen technischen Mängel bei unserem hybriden Erstversuch geduldig und nachsichtig toleriert und nicht zuletzt bei unseren Fördergebern, die diesen Fachtag ermöglicht haben, Engagement Global im Auftrag des Bundesministerium für Entwicklungszusammenarbeit und der Berliner Senatsverwaltungen für Wirtschaft, Energie und Betriebe und der Stiftung Nord-Süd-Brücken.

Impressum

Web: www.amk-berlin.de
Mail: info@amk-berlin.de
Träger: AMK Berlin e.V.
Brüsseler Str. 36, 13353 Berlin
Telefon: 030/407 57 551
Redaktion: Aziz Lamere, Matthias Oberg
Fotos: © AMK Berlin e.V., Bildnachweise unter den Fotos
Gestaltung: Ellen Windmüller, Kommunikationsdesign



Burkina Faso, IKRK
Ouagadougou - Die Kämpfe in der Sahelzone, in der Region Mitte-Nord und im Norden Burkina Fasos haben tausende von Menschen aus ihrer Heimat vertrieben.



In Liptako-Gourma hindern sich verschärfende Auseinandersetzungen Hirten und Bauern am Zugang zu Land und Weiden, wodurch die Einkommensquellen ganzer Gemeinden entzogen werden. Birom Seck / IKRK

Thematische Einleitung

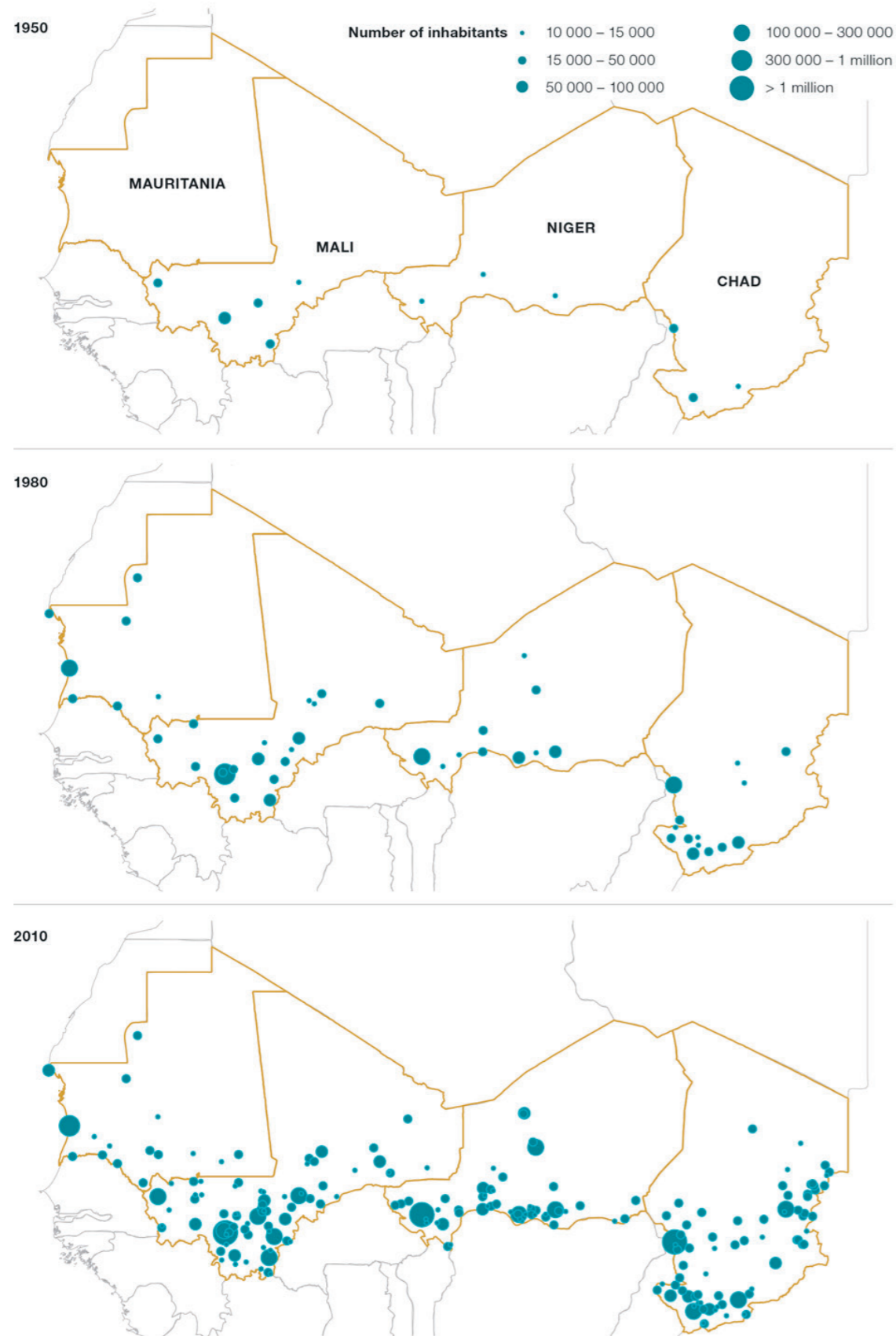
Frieden, Sicherheit und Stabilität sind Voraussetzungen für Entwicklung, betonte Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich ihres jüngsten Afrika-Besuchs Anfang Mai 2019 in Mali, Burkina Faso und Niger. Deswegen unterstützte Deutschland die Länder der Sahel-Region im Zeitraum 2017 bis 2020 mit 1,7 Milliarden Euro. Davon wurde eine Milliarde Euro für Entwicklungshilfe bereitgestellt, der Rest zur Ausbildung und dem Ausbau regionaler Sicherheitskräfte, für Infrastruktur, zivile Krisenprävention und humanitäre Hilfe. Zudem ist Deutschland mit 850 Soldaten und anderem Personal Teil der UN-Mission Minusma und an der EU-Ausbildungsmission EUTM in Mali und der europäischen EUCAP-Trainingsmission in der Region beteiligt. Der Einsatz in Mali gilt immer noch als die gefährlichste UN-Friedensmission: Seit 2013 kamen mehr als 190 Soldaten der Mission Minusma ums Leben (AFP vom 21.05.2019). Trotz internationaler wie innerafrikanischer Bemühungen und einzelner Erfolge, trotz dem Einsatz von Blauhelmen und von Militär aus Frankreich, Deutschland und dem Aufbau einer 5000 Mann starken Truppe der Sahel-G5-Gruppe aus Mali, Niger, Tschad, Burkina Faso und Mauretanien ist es bislang nicht gelungen, den Frieden in der Region wiederherzustellen. Stattdessen verschlechtert sich die Sicherheitslage weiterhin. Terrorismus und Destabilisierung weiten sich aus. Kurz vor dem Besuch der Kanzlerin haben Islamisten im Norden des bislang relativ stabilen und demokratischen Burkina Faso eine Kirche angegriffen. Fünf Menschen starben. Inzwischen vergeht kaum eine Woche, in der nicht selbst von deutschen Medien neue Opfer von Terrorismus und kriminellen Banden in den Ländern des Sahel gemeldet werden. Millionen Menschen sind inzwischen zu Binnenflüchtlingen geworden, Felder bleiben unbestellt, Betriebe werden aufgegeben, Menschen verlieren ihre Existenzgrundlagen, Schulen schließen und die Folgen für Wirtschaft, Bildung und Entwicklung sind immens.

Seit dem vom Westen unterstützten Sturz des Gaddafi-Regimes breitete sich von Libyen die Destabilisierung in den Sahelländern aus, denn es gab keine realistischen Strategien, Libyen nach dem Sturz zu befrieden und die westlichen Länder konnten sich bislang nicht auf ein einheitliches Vorgehen im Bürgerkriegsland einigen. Auch Bundeskanzlerin Merkel forderte in Ouagadougou: „Es ist wichtig, dass Europa sich einigen

muss, wie es vorgeht.“ Denn seit dem Bürgerkrieg in Libyen blüht auch der Waffenhandel aus dem Bürgerkriegsland und islamistischen Terrorgruppen gelingt es immer wieder, große Gebiete unter ihre Kontrolle zu bringen, bzw. durch ihre Angriffe nachhaltig zu zerrütten und zu schädigen. Von ihren Rückzugsräumen in den Regionen der Sahel-Staaten aus, in denen staatliche Strukturen immer schon äußerst schwach waren, terrorisieren sie die Bevölkerung und befeuern lokale Konflikte – z. B. in Zentral-Mali, wo Viehhüter mit Ackerbauern um knappe Nutzflächen kämpfen. Und dies in einer Region, die vom Klimawandel ohnehin besonders negativ betroffen ist. Profiteure sind Schmuggler und Menschenhändler, welche die weitgehend fehlenden staatlichen Strukturen für ihre kriminellen Machenschaften nutzen. Die Fluchtrouten durch die Sahelländer nach Libyen und andere Mittelmeeranreinerstaaten wurden noch lebensgefährlicher und sind von den Staaten der Region schwer kontrollierbar.

Nach dem aktuellen UNDP Human Development Report liegen von den insgesamt 189 berücksichtigten Ländern Mali (182.), Burkina Faso (183.), Tschad (186.) und Niger (189.) ganz hinten. Zudem ist die Region besonders vom Klimawandel betroffen und Konflikte zwischen Bauern und Viehzüchtern um fruchtbares Land nehmen zu. Diese äußern sich als ethnische Konflikte und werden von islamistischen Terrorgruppen instrumentalisiert. Aber auch Folgen des Kolonialismus spielen eine Rolle: Künstlich gezogene Grenzen mit großer ethnischer Heterogenität und von den Kolonialmächten übernommene Formen der zentralistischen Staatlichkeit, in denen sich Menschen in den vernachlässigten Regionen nicht repräsentiert fühlen, besonders Minderheiten wie z. B. Tuareg in Mali.

URBAN AREAS IN THE SAHEL, 1950 - 1980 - 2010



Source: *Africapolis*, SWAC/OECD 2014

Extract: OECD (2014), *An Atlas of the Sahara-Sahel: Geography, Economics and Security*, OECD Publishing, Paris

© 2014. Sahel and West Africa Club Secretariat (SWAC/OECD)

Doch Libyen ist nicht die einzige Ursache für die Destabilisierung der Sahelländer. Ursachen von Destabilisierung und geringer staatlicher Handlungsfähigkeit liegen auch darin, dass trotz aktuellem Wirtschaftswachstum in einigen Ländern der Region Armut und Perspektivlosigkeit dennoch wachsen - ein Nährboden für Terrorismus und kriminelle Banden. So führen der Wandel der Agrarstrukturen im Prozess der Weltmarktintegration und Bevölkerungswachstum zu Unterbeschäftigung, die in der Region vom verarbeitenden Gewerbe nicht aufgefangen werden kann. Freigesetzte landen im prekären informellen Sektor, was die Binnenachfrage kaum wachsen lässt oder sogar weiter senkt.

Fehlendes Vertrauen in kaum vorhandene staatlich Strukturen reproduziert Tribalismus und schlägt schnell um in Ablehnung. Vernachlässigte Bildungssysteme in diesen Regionen wirken ebenso als Nährboden für Terrorismus, der weiter für ihren Zerfall sorgt. Denn Schulen sind ein bevorzugtes Ziel terroristischer Angriffe: Zweidrittel der Schulen in Zentralmali haben schließen müssen, in Burkina Faso sind über 1000 Schulen geschlossen worden (Leibniz-Institut Hessische Friedens- und Konfliktforschung).

Unsicherheit und schwache bis weitgehend fehlende Staatlichkeit, die nicht einmal in der Lage ist, die elementarsten staatlichen Dienstleistungen zu erbringen, wie für Sicherheit zu sorgen und Konflikte zu regulieren, sind Hindernisse für die Entwicklungszusammenarbeit und einheimische wie ausländische Investitionen. So droht ein Teufelskreis: Ohne Frieden, Sicherheit, Stabilität scheitern Entwicklungsbemühungen, ohne die Herstellung staatlicher Handlungsfähigkeit, keine Anregung von Investitionstätigkeit und Steigerung der wirtschaftlichen Ertragsfähigkeit, Schaffung von Erwerbsmöglichkeiten, Bekämpfung von Armut und der großen sozialen und regionalen Unterschiede. Ohne diese aber auch keine Stärkung des schwachen Institutionengefüges, schon gar nicht in den vernachlässigten, besonders armen Regionen, kein Good Governance, keine Erfolge in Sozialintegration und Gewinn von staatlicher Legitimität und damit auch keine Verbesserung der Sicherheitslage und Stabilität und kein Erreichen eines nachhaltigen Friedens in der Region. Die Sahelländer dürfen nicht damit alleine gelassen werden, diesen Herausforderungen zu begegnen.

Denn: „Wenn wir die Probleme in Afrika nicht lösen, werden sie zu uns kommen. Wir können mit unseren Mitteln vor Ort hundertmal so viel Wirkung erzielen wie bei uns, wenn die Flüchtlinge zu uns gekommen sind“, mahnte Entwicklungsminister Gerd Müller. Doch der nigrische Innenminister Mohamed Bazoum kritisierte: „Wenn man bedenkt, welche Rolle wir bei der Reduzierung der Flüchtlingsströme gespielt haben, haben wir nicht substanzial von Investitionen profitiert.“ Gerade im Durchgangsland Niger hat die von Frankreich, Deutschland und der EU finanzierte Polizei- und Militärhilfe zur Verringerung des Durchzugs von Geflüchteten vielen Menschen, nicht nur Schmugglern, Einnahmequellen genommen. Zudem steht die Strategie, die Sahelstaaten zur Abwehr von Flüchtenden einzusetzen, in einem ungeklärten Spannungsverhältnis zu den Plänen der ECO-WAS-Staaten und der Afrikanischen Union, einen gemeinsamen Wirtschaftsraum mit Freihandel und einem afrikanischen Reisepass zu schaffen. „Aus ökonomischen Gründen ist die Freizügigkeit von Waren und Menschen absolut wichtig“, sagt Christoph Kannengießler, Geschäftsführer vom Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft. Ähnlich der SPD-Afrika-Experte Christoph Matschie: „Afrika braucht den innerafrikanischen Handel für seine wirtschaftliche Entwicklung. Das gefährden wir, wenn wir uns nur darauf konzentrieren, die Grenzen zu sichern.“

Die Sorge um die um die bedrohliche Lage in ihren Herkunftsländern, sowie um die katastrophale Menschenrechtslage für Flüchtende in Libyen und auf den Fluchtrouten, beschäftigt die afrikanischen Diasporen in Deutschland sehr. Die breite Öffentlichkeit ist hingegen wenig über die Situation in der Region und ihre globalen Zusammenhänge informiert. Deswegen stellte sich unser Fachtag der Herausforderung, Multiplikator*innen der Diaspora, der Entwicklungszusammenarbeit sowie Fachexpert*innen und Vertreter*innen aus der Politik zusammenzubringen, um dazu beizutragen, Auswege aus dem umrisenen drohenden Teufelskreis zu entwickeln und diese möglichst breit zu kommunizieren.



Dokumentation der Fachtagung

Zentrale Fragestellungen des AMK-Fachtag „Frieden und Entwicklung in der Sahel-Region – Wie ist die Destabilisierung zu überwinden?“ waren:

a) Wie kann die Sicherheitslage in der Sahel-Region verbessert werden? Wie können staatliche Strukturen stabilisiert, bzw. (wieder)aufgebaut werden? Wie kann die ökonomische Lage sowie die Situation besonders der Jugend verbessert werden, um eine Stabilisierung zu erreichen und dem Terrorismus den Nährboden zu nehmen? Wie können die ökonomischen und institutionellen Entwicklungshemmnisse überwunden werden? Was kann getan werden, um staatliche, aber auch gesellschaftliche Konfliktregulationsmechanismen zu entwickeln? Wie kann dies von Deutschland in der Entwicklungszusammenarbeit gefördert werden?

b) Welche Einflussmöglichkeiten haben die Zivilgesellschaften vor Ort, die afrikanischen Diasporen, Kirchen, Moscheen und entwicklungspolitische NROs sowohl in Deutschland als auch in den Ländern der Region? Welche Beiträge können sie zur Stabilisierung leisten? Wie können sie die Regierungen ihrer Länder beeinflussen? Wie können sie den interreligiösen und interkulturellen Dialog fördern, um ausgleichende Vermittlungen zwischen verschiedenen religiösen und sozialen Gruppen in der Region zu fördern und der extremistischen Instrumentalisierung von Religion vorzubeugen? Wie können die afrikanischen Diasporen in Europa die Zivilgesellschaften in ihren Herkunftsländern stärken und auf die Entwicklungszusammenarbeit Einfluss nehmen?

Olaf Bernau vom europäisch-afrikanischen Netzwerk Afrique-Europe-Interact, das von NGOs aus Mali gegründet worden ist, betitelt seinen Impuls-Vortrag mit: „Sozio-ökonomische Konflikte in der Sahelregion – nicht nur zwischen Ackerbauern und Viehhirten. Was geschehen sollte, damit sich die Lage stabilisiert – gerade in Zeiten des Klimawandels“. Olaf Bernau warnte zwar davor, Konflikte im Sahel pauschalierend zu betrachten und sich damit in kolonialen Kontinuitäten zu bewegen, dennoch stellte er zwei wesentliche Konfliktursachen in den Sahel-Ländern heraus, den Klimawandel und ‚Landraub‘ durch den stark ansteigenden Erwerb zunehmend größerer fruchtbarer Landflächen durch große, überwiegend internationale Agrarkonzerne und Finanzgesellschaften, was oft auch mit der Privatisierung von Wasserstellen verbunden ist.

Der Klimawandel hat bereits dazu geführt, dass die Ackerbauergrenze in den letzten 15 Jahren um 150 km nach Süden gewandert ist und es auch jenseits der verwüsteten Regionen weniger regnet und wenn, dann so viel, dass auch dies zu Ernteeinbußen beiträgt. Auch die Fischmenge in den Flüssen ging zurück, in Niger um 50 Prozent und Viehzüchter erzeugen deutlich weniger Fleisch und Milch.

Beide Faktoren führen zu Landarmut und dazu, dass das traditionell komplementäre Wirtschaften von Landbauern und Viehzüchtern zusammenbricht und traditionelle Konfliktlösungsmechanismen nicht mehr funktionieren. Staatliche und rechtliche Schlichtung kann dies aufgrund von schwachen Staatsgefügen und hoher Korruption und damit auch Misstrauen ihnen gegenüber nicht übernehmen.



Olaf Bernau



LANDGRABBING GEHT HÄUFIG MIT UMSIEDLUNGEN EINHER – Verlassenes Dorf in BÉLIDANEDJ



Versammlung in KOYAN KOURA: Ein Bauer berichtet von der Landvertreibung, F: MAKOMBE

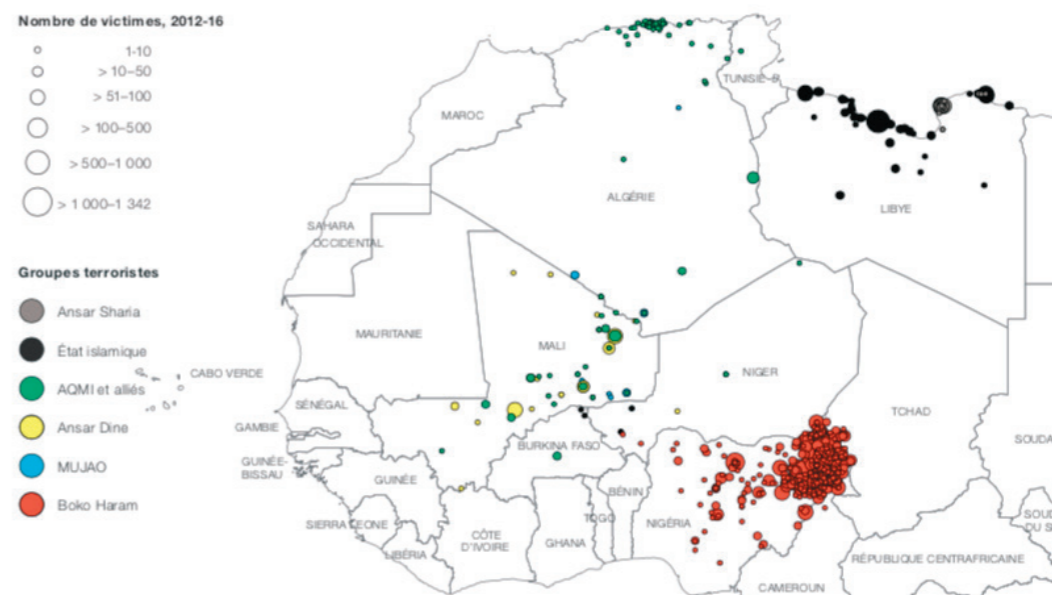


Demo einer Organisation von vertriebenen Stadt- und Landbewo_innen in Mali, Bamako

Zudem wurden Viehzüchter zumeist gegenüber Ackerbauern diskriminiert, was sich jetzt konfliktverschärfend auswirkt, da ein Ausgleich jetzt nicht mehr funktioniert und sie deswegen nicht mehr bereit sind, sich mit ihrer tendenziellen Diskriminierung abzufinden. Die Abwanderung in die Städte und in Handel und produzierendes Gewerbe kann die Verwerfungen auf dem Land nicht auffangen. Diese Prozesse vergrößern die ohnehin große Armut. Da zum Teil auch Imame in die Korruption verwickelt sind, stoßen in diese politische Angebotslücke djihadistische Bewegungen, denen es gelingt, weitgehend perspektivlose Jugendliche zu rekrutieren. Insofern sind sozio-ökonomische Konflikte und soziale Probleme ausschlaggebend für den Anschluss an djihadistische Gruppen. Dies bestätigte sich auch dadurch, dass sich auch im Sahel zeige, je religiös gebildeter Menschen seien, desto größer sei ihre Distanz zu solchen islamistischen Gruppen.

Bernaus Schlussfolgerung: Es bedarf eines neuen sozialen Vertrags zwischen Bevölkerung und Staat, indem der Staat soziale Infrastruktur und ein funktionierendes Rechtssystem aufbauen, wirksamer Korruption bekämpfen, den Zugang zu Wasser sichern und regulieren und Übergriffe seiner Sicherheitskräfte unterbinden müsste. Doch in einigen Ländern des Sahel verbraucht die Hauptstadt bis zu 80 Prozent der geringen Steuermittel. Der Durchsetzung funktionierender Dezentralisierungsreformen stehen zudem aus dem französischen Kolonialismus übernommene Staatsstrukturen entgegen.

EXTRÉMISME VIOLENT AU SAHARA-SAHEL



Note : les groupes affiliés à Al-Qaïda au Maghreb islamique (AQMI) sont Al-Mourabitoun et les Signataires par le sang. Seuls les événements violents dont l'attaquant est identifié sont pris en considération.

Source : AQLÉD, données 2012-16, www.aqleddata.com/data/africa



Dr. Abdoulaye Sounaye, Wissenschaftler aus Niger am Leibniz Zentrum Moderner Orient in Berlin, hielt einen zweiten Impulsvortrag über „Jugend, Terrorismus, Staat und Religion in der sozialen Transformation in den Sahel-Staaten“. Wie schon Bernau betonte Dr. Sounaye, dass die sehr jugendliche Bevölkerungsstruktur gleichzeitig ihre eigenen Bewegungsdynamiken hervorbringt. Die meisten Terrorgruppen sind vor allem Jugendbewegungen, meinten beide. Dennoch sei es irreführend, von einem ‚Jugendproblem‘ zu sprechen, wie es häufig in den Sahelländern geschehe. Stattdessen drücke sich die gesamtgesellschaftliche Krise bei allen zu beachtenden lokalen Besonderheiten in der gesamten Region eben besonders in den Problemen der Jugendlichen aus, die sich um jede reale Perspektive gebracht sehen und dem gegenüber besonders ungeduldig sind.

Mit deutlich verminderten Chancen auf eine einigermaßen auskömmliche, wenn auch wenig attraktive Beschäftigung in der zunehmend ertragsärmer werdenden Kleinlandwirtschaft, ohne Aussicht auf einigermaßen auskömmliche Beschäftigung selbst im wachsenden informellen Sektor, der zunehmend für sie allenfalls gerade eben noch Überlebensökonomie sei, verringern sich auch ihre Chancen, etwas für ihre Familien zu tun oder angemessen zu heiraten und ihre Familien können dies aufgrund der allgemeinen Krise nicht mehr ausgleichen. Dies und die Abwanderung in die Städte und ins Ausland fördert den Zerfall der sozialen Bindungen. Wenn weder der kaum oder nur in repressiven Sicherheitskräften vorhandene Staat, weder Bildung, noch die Familie, die Nachbarschaft oder das Dorf Sicherheit und Orientierung bieten können, zerbröckeln die Bindekräfte des sozialen Zusammenhalts. Die Anerkennung, die sie in den geschwächten traditionellen Bindungsbeziehungen nicht mehr finden können und die ohnehin durch gerontokratische Strukturen, in denen sie nicht ernst genommen werden, erschwert wird, suchen viele dann woanders – in der Peer-Group, die bei djihadistischen Versprechen Zuflucht sucht und in einer destruktiven Ökonomie des Terrorkriegs, dessen Übergänge zur gewöhnlichen Bandenkriminalität fließend sind.



Junge Männer und Kinder werden trainiert, um gegen Islamisten zu kämpfen, die Städte im Norden Malis kontrollieren © Amnesty International

Ihr geringes Selbstvertrauen durch die Unmöglichkeit, sich selbst aktiv einen gesellschaftlich akzeptierten Status zu verschaffen, erleichtert den djihadistischen Milizen ihre Rekrutierung. Ausgehöhlte, unterfinanzierte Bildungsinstitutionen und der Zerfall traditioneller Bindekräfte, was auch die etablierten religiösen Institutionen und Wertorientierungen untergräbt, bieten keinen Halt mehr. In dieser Situation hefteten deklassierte Jugendliche, denen der Staat und die Gesellschaft keine Zukunftsperspektive mehr bieten kann, ihre Träume an den Djihadismus. Dabei sei gut belegt, stimmte Dr. Sounaye Olaf Bernau zu, je religiös gebildeter Menschen seien, desto weniger seien sie anfällig für terroristische Instrumentalisierungen von Religion. Deswegen betonte Dr. Sounaye die Bedeutung der Institutionalisierung und Förderung eines interreligiösen Dialogs gegen religiöses Unwissen und zur Sensibilisierung für inklusivere Religionsauffassungen, die niemanden ausschließen, sowie die Stärkung der Zivilgesellschaft, damit diese zur Not auch Bildung bereitstellen kann, wo der Staat versagt und damit Jugendliche weniger anfällig für terroristische Instrumentalisierungen werden. Religiöse Organisationen sollten sich vernetzen, um lokale und regionale Friedenskulturen zu schaffen. Es gäbe auch bereits erfolgreiche Initiativen dieser Art, von denen leider wenig zu hören sei, weil es leichter sei, mit Berichten über Afrikas Krisen in

die Medien zu kommen. Organisationen für interreligiösen Dialog und die afrikanische Diaspora in Deutschland könnten dazu beitragen, solche Initiativen sichtbarer zu machen. Sie könnten auch Kooperationsprogramme für interreligiösen Dialog und gegen religiöse Unbildung entwickeln. Anknüpfend an Bernaus Forderung eines neuen Gesellschaftsvertrags zwischen Staat und Gesellschaft fragte Dr. Sounaye: „Wie ist ein Staat zu schaffen, der die Jugend mitnimmt?“ Der Staat sollte Dienstleistungen wie Sicherheit zur Verfügung stellen, wozu er seit den 80er Jahren aber nicht mehr die Mittel habe und seitdem fast vollständig versage. Regierungsführung und Staatlichkeit müssten dafür aber auch neu gedacht und erfunden werden, was er in der anschließenden Diskussion weiter ausführte. Der postkoloniale Staat in den Sahelländern habe bestehende gesellschaftliche Konfliktlösungen nie berücksichtigt, stattdessen sie untergraben, ohne etwas funktionsfähiges Neues an ihre Stelle setzen zu können. Die postkolonialen Staatsstrukturen wären nie in der Lage gewesen, traditionelle Konfliktlösungsmechanismen und Beteiligungsformen in transformierten, neuen Formen in ihr Institutionengefüge einzubauen.

Diese Fremdheit und Unangepasstheit der postkolonialen Staatlichkeit an die Bedingungen spezifischer afrikanischer Gesellschaften hätte mit der Wirtschaftskrise der 80er Jahre, die durch die verordneten Strukturanpassungsprogramme noch verstärkt wurde, dann zu einem nahezu vollständigen Versagen geführt, staatliche Dienstleistungen und Sicherheit zu Verfügung zu stellen, was fehlende Legitimität und Misstrauen weiter ver-

stärkt habe. Eine afrikanische Demokratie könne nicht einfach europäische Formen übernehmen, sondern müsse partizipative Beteiligungsformen erfinden, die an traditionelle Konfliktlösungsmechanismen und Beratungsverfahren anknüpfe und sie transformiert wiederaufnehme.



Noël Kabore, Bildungsreferent und Mitgründer von Bürger aus Burkina Faso e.V. in Halle, sprach im dritten Impulsreferat über „Einflussmöglichkeiten der Zivilgesellschaft und der Diaspora“. Kabore sah ebenfalls Handlungsoptionen besonders für die afrikanische Diaspora, den interreligiösen Dialog zu unterstützen und Bildung zu fördern. Kabore führte außerdem, auf Pierre Bourdieu gestützt, an, dass große und wachsende Ungleichheit in der Bildung zur Abwendung von Bildung bei denen führt, die für sich sowieso keine Chance durch Bildung sehen. Auch dieser Effekt stärkt die Rekrutierung von Jugendlichen durch Terrorgruppen, welche die Religion instrumentalisieren, führte er überzeugend aus. Dennoch sei es besonders wichtig, Bildung zu fördern und dies von der Diaspora aus zu unterstützen. Denn Bildung könne es auch erleichtern, in der Gesellschaft Gehör und Anerkennung zu finden und religiöse Unbildung sei auch seiner Meinung nach eine Voraussetzung für den Anschluss an djihadistische Terrorgruppen. Er wies aber auf das Problem hin, dass religiöse Einflusspersonen, die früher für Konfliktlösungen wichtig waren heute weitgehend einflusslos seien. Auch seien sie heute oft mit politischen Parteien verbunden. Diese seien aber zumeist kaum weniger korrupt als die Regierungen und ebenso in tribalistischen

und klientelistischen Machtmechanismen befangen. So würden sie gegenwärtig die Konflikte eher verschärfen und die Wirksamkeit staatlichen Handelns weiter untergraben. Regierungswechsel würden deswegen zumeist auch wenig ändern. Auch Teile der Diaspora spielten oft eine problematische Rolle, wenn sie korrupte Parteien unterstützten und dadurch dazu beitrügen, staatliche Strukturen und Regierungsführung weiter zu schwächen. Insofern müsste sich eine verantwortliche Diaspora genau überlegen, mit wem sie vor Ort in der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten wollen, um auch dadurch wirklich die Zivilgesellschaft zu stärken.

Alle Referenten betonten, dass die Krise im Sahel nicht sicherheitspolitisch mit Militär und Polizei gelöst werden kann. Darin stimmten ihnen die Teilnehmenden in der Diskussion zu. Dennoch müsse Schutz auch von Europa aus unterstützt werden, wie besonders Olaf Bernau anmerkte. Uwe Kekeritz, Bundestagsabgeordneter von Bündnis90/Die Grünen, bemerkte jedoch, dass eine primäre Konzentration auf militärische Interventionen aus Europa zusätzlich destabilisierend wirken würden, denn mit ihnen würden regionale Führungen von den Zentralregierungen als den Partnern der EU zu Handlangern herabgestuft. Sie verlieren dadurch noch mehr an Handlungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung vor Ort. Stattdessen sollten die EU und die europäischen Länder mehr Geld in zivile Ziele investieren, statt vor allem Militär und Polizei zu finanzieren. Es sollten nationale und regionale Programme entwickelt werden, mit denen die Bevölkerung vor Ort selbst entscheiden kann, was damit gemacht wird. Dafür müssten sie überhaupt erst einmal wissen, wie viel Geld ihnen zur Verfügung steht und mit entscheiden können, was damit gemacht wird. Die Ideen müssen von vor Ort kommen, betonte Kekeritz, um praktikabel zu sein und angenommen zu werden.



Diaspora, Förderkreis Burkina Faso e.V.
 Die persönliche Begegnung auf Augenhöhe ist der Kern unserer Arbeit. Durch unsere jährlichen Besuche in Saponé haben wir nicht nur die Mitglieder unseres Partnerkomitees persönlich kennengelernt, sondern es sind inzwischen auch viele Freundschaften entstanden. Wir versuchen genau zuzuhören, um von den Bedürfnissen der Menschen dort zu erfahren. Prinzipiell kommen alle Anregungen für unsere gemeinsamen Projekte von unseren Partnern.

Hier könnte die afrikanische Diaspora aber doch auch eine Brückenbauer-Rolle für Wissens- und Ideentransfer in beide Richtungen spielen, wurde von Kabore und andern Diaspora-Angehörigen eingebracht. Wie soll dann in der Entwicklungszusammenarbeit mit solchen Programmen, wie Kekeritz u.a. sie vorschlugen, mit staatlichen Partnern in afrikanischen Ländern umgegangen werden, wenn die bestehenden Staatlichkeiten in afrikanischen Ländern als tatsächlich so disfunktional angesehen werden müssen, wie von Dr. Sounaye beschrieben? Müsste hier nicht doch innerhalb der Staatlichkeit unterschieden werden, was auch die oft unvermeidliche Einbeziehung von staatlichen Stellen nicht unproblematisch, aber möglich mache. Wie sei eine Transformation zu etwas in der Richtung, die Sounaye andeutete, vorstellbar, wurde er gefragt. Müsste dafür

nicht auch der postkoloniale Staat als komplexes Kräfteverhältnis gedacht werden? So entzündete sich ein wesentlicher Strang der Diskussion an Dr. Sounayes Thesen über afrikanische Staatlichkeit und was sie für die Entwicklungszusammenarbeit bedeuten könnte. Einer der weiteren Stränge der Diskussion problematisierte informiert die Sicherheitspolitik der EU und besonders Frankreichs, dass seine eigenen, neokoloniale Abhängigkeiten fortschreibenden Interessen in enger Verbindung zu den etablierten Eliten der autoritären afrikanischen Regime weiterverfolge und damit auch destabilisierend wirke. Zudem wurde von Kabore und anderen der Waffenexport aus Europa kritisiert, der wesentlich zur Destabilisierung beiträgt. Hier sollten europäische Regierung von ihren Bürger*innen in die Verantwortung genommen werden.



Impulsvorträge

- I. Sozio-ökonomische Konflikte in der Sahelregion – nicht nur zwischen Ackerbauern und Viehhirten. Was geschehen sollte, damit sich die Lage stabilisiert, gerade in Zeiten des Klimawandels, Olaf Bernau (Afrique-Europe-Interact)
- II. Jugend, Terrorismus, Staat und Religion in der sozialen Transformation, Dr. Abdoulaye Sounaye (Leibniz Zentrum Moderner Orient)
- III. Einflussmöglichkeiten der Zivilgesellschaften und der Diaspora, Noël Kabore (Bürger aus Burkina Faso e.V.)



Podiums- und Publikumsdiskussion



Mariane Ballé Moudoumbou, Dipl. Dolmetscherin



Bild oben: mit Bildnten: Publikumsdiskussion mit Noël Kabore
 unten: Workshopzusammenfassung



Dr. Abdoulaye Sounaye, Impulsvortrag: „Jugend, Terrorismus, Staat und Religion in der sozialen Transformation in den Sahel-Staaten“.

Fotodokumentation



